

Beschluss BuVo08.014 Umweltschutz

Der MIT-Bundesvorstand beschließt den von der MIT-Bundesdelegiertenversammlung am 17.11.2007 in Bremen überwiesenen Antrag A2 in geänderter Fassung:

Umweltschutz mit wirtschaftlich tragfähigen Energie- und Immobilienkosten verbinden

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU CSU fordert Bundesregierung, Bundestag und Bundesländer auf, alle Maßnahmen zur Verminderung von Treibhausgasen mit der Wahrung wirtschaftlich tragfähiger Kosten für Energie und Immobilien zu verbinden. Die Energiepreise müssen in Deutschland international konkurrenzfähig und auch für die Privathaushalte in einem vernünftigen Rahmen bleiben. Bau und Modernisierung von Immobilien müssen rentierlich bleiben und marktfähige Preise ermöglichen.

Im Einzelnen ist dazu unter anderem erforderlich:

Die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke in Deutschland, um Zeit zu gewinnen, technisch und wirtschaftlich gleichwertigen Ersatz für die Sicherung der Grundlast der elektrischen Energie ohne zusätzliche **Treibhausgasemissionen** aufzubauen. Dazu kommen nach heutigem Stand der Entwicklungsmöglichkeiten eine neue Generation von Kernkraftwerken sowie mit Wasserstoff und in bestimmten Regionen mit Erdwärme betriebene Kraftwerke in Frage.

Die Mobilisierung oder Erschließung noch nicht genutzter Potentiale der Wasserkraft.

Die Nutzung der Biokraftstoffe darf nicht zu einer Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion, deren empfindlichen Verteuerung und der noch schnelleren Abholzung von Wäldern führen. Die ausschließliche Nutzung von Pflanzenfrüchten für Biokraftstoffe muss durch die zügige Entwicklung zur Produktion von Biokraftstoffen der sog. „2. Generation“, die alle kohlenstoffhaltigen Ausgangsstoffe verwerten können, ergänzt werden.

Die Subventionierung neuer, auch der regenerativen Energietechniken, muss sich auf die technische Entwicklung zur Marktreife beschränken. Die Dauersubventionierung durch staatliche Garantiepriece erhöht künstlich die Energiekosten und verhindert eine Entwicklung zur Marktreife.

Alle Maßnahmen zur besseren Energienutzung an Gebäuden müssen durch Mieten und geringere Energiekosten refinanzierbar bleiben. Diesen Maßstab muss die Bundesregierung bei der Umsetzung ihres **Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramms** strikt einhalten. Insbesondere soll sich das Programm auf Zielvorgaben für die Energieeffizienz beschränken und die Art der technischen Umsetzung der Entscheidung der Bauherren überlassen.

(einstimmig beschlossen.)